

„Einheitstonne nicht der richtige Weg“

ABFALLWIRTSCHAFT Der Vizepräsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU)

Patrick Hasenkamp erläutert seine Sicht zur Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes,
zur Verpackungsentsorgung und zur Wertstofftonne

Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz ist verabschiedet und soll zum 1. Juni in Kraft treten. Die Kommunen konnten sich mit ihren Forderungen weitestgehend durchsetzen. Ein Erfolg auf der ganzen Linie also?

Die Politik hat gerade noch rechtzeitig erkannt, wie zentral die Rolle der Kommunen bei der Abfallentsorgung ist. Zwischenzeitlich wurden Gesetzentwürfe diskutiert, die die Kommunen auf die Rolle der Restmüllentsorger reduziert hätten. Es war gut und immens wichtig, dass der VKU und die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam dagegengehalten haben. Rosinenpicken privater Entsorger wird es auch in Zukunft nicht geben.

Die Privatwirtschaft hat Beschwerde bei der EU eingelegt. Wie groß ist die Gefahr, dass die deutsche Regelung durch Brüssel noch gekippt wird?

Ich denke, wir können darauf vertrauen, dass das Bundesumweltministerium genau geprüft hat, ob das Kreislaufwirtschaftsgesetz mit dem Europarecht zu vereinbaren ist. Einem möglichen Verfahren blicken wir daher gelassen entgegen.

In vielen Kommunen gibt es eine gute Zusammenarbeit zwischen kommunalen und privaten Entsorgern. Wird die neue Gesetzeslage daran etwas ändern?

Nein. Kommunale und private Entsorger arbeiten seit Jahrzehnten gut zusammen. Das ist jetzt so und das wird auch in Zukunft sein. Zu etwa 60 % vergeben die Kommunen Aufträge an Private – oft an Mittelständler. Und ich sehe keinen Grund, warum sich das ändern sollte. Auch wenn das neue Gesetz ein wenig anders aufgebaut ist als das alte, gehe ich davon aus, dass die Zusammenarbeit in der Praxis weiterläuft wie bisher.

Die private Entsorgungswirtschaft prophezeit, dass die stoffliche Verwertung weiter zurückgehen wird, da mangels Wettbewerb bei kommunalen Betrieben kein Anlass zur Verbesserung der Abfallsysteme bestehen würde. Wie stehen Sie zu dieser Kritik?

Auch diese Kritik ist unbegründet. Wir haben im Hausmüllbereich in Deutschland die höchsten Recyclingquoten in der EU. Das haben wir den Aktivitäten der Kommunen zu verdanken. Tatsächlich ist es genau umgekehrt: Dort, wo privatwirtschaftliche Prinzipien den Markt beherrschen, sind die Recyclingquoten deutlich niedriger. Das zeigt sich in zwei Bereichen der Abfallentsorgung, die in Deutschland liberalisiert wurden. Etwa bei der Verpackungsentsorgung. Berechnungen des VKU zufolge liegt die Kunststoffverwertungsquote hier bei nur 31 %. Ein anderes Beispiel: Die Gewerbeabfälle zur Verwertung, die nicht den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern überlassen werden müssen: Laut einer Studie des Umweltbundesamtes liegt die Gesamtquote bei 16,5 %, jene für Kunststoff bei 2,6 %.

Woran liegt das?

Anders als häufig behauptet, ist das stoffliche Recycling von zum Beispiel Kunststoffen noch nicht wirtschaftlich. Die Dualen Systembetreiber recyceln nicht so viel, wie sie könnten, sondern nur so viel, wie sie müssen. Man kann es ihnen nicht verdenken: Ihr wirtschaftliches Handeln unterliegt anderen Prinzipien als das der Kommunen. Es ist nur wichtig, dass künftig der Markt so gestaltet wird, dass wir dem Ziel, mehr zu recyceln näher kommen.

Welche Chancen bieten sich hier für die kommunalen Unternehmen?

Ich sehe das in erster Linie als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Wir dürfen nicht

vergessen: Die hohen Recyclingzahlen in Deutschland sind nicht zuletzt dem disziplinierten Trennverhalten der Bürger zu verdanken. Dies ist ein Erfolg der Abfallberatung der vergangenen zwanzig Jahre, in denen die Kommunen die Bürger intensiv zum Thema Abfalltrennung beraten haben. Nun müssen wir verstärkt auf das Thema Abfallvermeidung aufmerksam machen.

Als nächstes stehen das Wertstoffgesetz und die Einführung der Wertstofftonne an. Rechnen Sie noch mit einer Realisierung in dieser Legislaturperiode?

Noch gibt es vom Bundesumweltministerium keine offizielle Stellungnahme zu dem Thema. Aus Sicht des VKU ist das auch nicht problematisch. Wir warnen vor Aktionismus. Zu viele Fragen sind zur Zeit noch ungeklärt. Allen voran die, welchen ökologischen Nutzen uns die verschiedenen Systeme bringen. Es gibt ja viele Stimmen, die eine bundesweit einheitliche Wertstofftonne fordern. Wir sehen das kritisch. Trennverhalten der Bürger und Abfallaufkommen sind von Kommune zu Kommune unterschiedlich. Eine Einheitstonne ist da nicht der richtige Weg – zumal es unterschiedliche Einschätzungen gibt, wie viel mehr Wertstoffe man in einer solchen Tonne sammeln kann. Die Mitgliedsunternehmen des VKU haben daher eine Vielzahl von Wertstofftonnenprojekten ins Leben gerufen, um herauszufinden, ob wir damit die Recyclingquoten steigern können.

Was sind die wichtigsten Erkenntnisse aus den bisherigen Projekten?

Es ist zu früh, eine abschließende Einschätzung zu geben. Entscheidend ist jedoch die Frage: Was soll hinein? Da sind wir der Meinung: Die für die Bürger vollkommen unverständliche Sammlung von Verpackungsmüll

und anderem Plastikmüll – die Fachleute nennen das stoffgleiche Nichtverpackungen – in verschiedenen Tonnen sollte aufgehoben werden. Zudem muss die Organisation der Verpackungsentsorgung grundsätzlich noch einmal ganz neu aufgesetzt werden.

Was kritisieren Sie?

Das derzeitige System ist teuer und der ökologische Nutzen gering. Das System krankt an allen Ecken und Enden: Neben den niedrigen Recyclingquoten sind auch die hohen Preise problematisch. Zu den eigentlichen Entsorgungskosten für Kunststoffverpackungen von schätzungsweise 400 € pro Tonne kommen noch etwa 800 € für allgemeine Systemkosten hinzu. Die Kosten dafür tragen die Konsumenten durch den Kauf von Produkten. Außerdem ist das System weder transparent noch steuerbar.

Der VKU hat das Modell 4 des Planspiels zur Verpackungsverordnung nochmals durchrechnen lassen. Was sind die Erkenntnisse?

Der Gesetzgeber muss wirksame Anreize gegen die Verschwendung von Ressourcen und für mehr Recycling setzen. Zu erreichen ist dies über gesetzliche Zielvorgaben. In dem Modell, das wir erarbeiten haben lassen, soll die Organisation der Wertstoffeffassung auf die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger übertragen werden. Für die Erhebung der Abgaben und zur datenmäßigen Erfassung der in den Verkehr gebrachten Verpackungen schlagen wir eine zentrale Stelle vor, die – als Bundesbehörde – die vereinnahmten Gelder nach einem Standardkostenmodell über die Länder an die Kommunen verteilt. Erreichen öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger höhere Quoten, werden sie dafür im Verhältnis zu anderen besser gestellt. Dabei ist es den Kommunen überlassen, wie sie die Wertstoffeffassung im Einzelnen organisieren. Dies ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch für die Gebührenzahler attraktiv, denn

das Modell belohnt sie für richtiges Trennen. Die Zahlungen der zentralen Stelle werden dazu aufgewendet, die Gebührenzahler zu entlasten. Duale Systeme sind in diesem Modell überflüssig.

Inwieweit kann dies in weitere Regelungen wie das Wertstoffgesetz einfließen?

Aus Sicht der Gutachten können diese Regelungen so umgesetzt werden. Mir ist schon klar, dass diese Neuorganisation kein Pappentitel ist. Aber es müssen endlich tragfähige Lösungen für die Verpackungsentsorgung gefunden werden. Das System krankt seit 20 Jahren. Kleine Korrekturen helfen uns nicht weiter.

Der Verband kommunaler Städte- und Gemeinden feiert in diesem Jahr sein 100-jähriges Bestehen. Was verbinden Sie damit?

Daseinsvorsorge, Hygiene und Seuchenschutz sind für uns heute selbstverständlich. Vor mehr als hundert Jahren aber war es das nicht; in diesen Jahren, aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Kommunen einen wichtigen Beitrag zum (Wieder-)Aufbau städtischer Infrastrukturen und so einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet. Was heute hochaktuell ist, ist tief in den Anfängen der kommunalen Städtereinigung verwurzelt: Recycling, getrennte Erfassung, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, die Erprobung und Standardisierung neuer Technologien, Öffentlichkeitsarbeit zu Abfalltrennung und Abfallvermeidung. Wussten Sie, dass es bereits 1911 in Fürth Elektromobile gab, die mit Strom betrieben wurden, der in Müllverbrennungsanlagen erzeugt wurde? Oder die kommunale Wertstofftonne in Münster oder in Karlsruhe bereits in den 1990er Jahren eingeführt wurde? Die Kommunen sind seit jeher Innovationstreiber gewesen. Sie werden es auch in Zukunft sein.

Die Fragen stellte Michael Nallinger